

Keine Satzung für die Zeppelintribüne

Politische Bildung soll präventiv wirken

Für die Zeppelintribüne wird es zunächst keine Satzung geben, um rechtsextreme Umtriebe zu verhindern. Die Stadträte im Ältestenrat und Finanzausschuss sind der Empfehlung der Verwaltung gefolgt. Sie betonen aber auch, dass Wachsamkeit erforderlich ist.

„Das Reichsparteitagsgelände mit der Zeppelintribüne ist ein offener und öffentlicher Raum und das soll auch so bleiben“, sagt Oberbürgermeister Ulrich Maly. „Die demokratische Inbesitznahme ist Teil unserer Erinnerungskultur.“ Eine Einfriedung der Tribüne wäre aus seiner Sicht eine Einladung zur Mystifizierung. „Wir aber wollen eine Entzauberung.“

Ausgelöst hatte die Diskussion, wie berichtet, die Aktion einer Gruppe von Rechtsextremen im Februar. Deshalb formuliert Maly noch einmal die Frage, um die es geht: „Wenn wir einen offenen und öffentlichen Ort möchten, was passiert bei einer nicht-demokratischen Inbesitznahme?“ Die Stadt habe durchaus Möglichkeiten, unliebsame Versammlungen abzulehnen, wenn sie denn jemand anmeldet.

Für Annekathrin Fries, die im Kulturreferat die Stabstelle „Ehemaliges Reichsparteitagsgelände/Zeppelintribüne und Zeppelfeld“ leitet, ist das Thema Bildung am authentischen Ort von höchster Bedeutung. Auch weil rechtsextremes Gedankengut in der Gesellschaft zunehme, gleichzeitig aber das Wissen über den Natio-

nalsozialismus zurückgehe. „Aufklärung und historisch-politische Bildungsarbeit sind eine effektive Form der Prävention.“

Das sehen die Stadträte auch so. Sie sind einverstanden damit, zunächst keine Satzung für die Zeppelintribüne zu erlassen, die bestimmtes Verhalten und Auftreten verbietet. Denn die Grenze zwischen erlaubt und nicht erlaubt zu ziehen, sei sehr schwierig, wie Maly zuvor erläutert hatte. Auch angesichts der aktuellen Fallzahlen sehen die Räte schließlich noch keinen akuten Handlungsbedarf. Rund 300 000 Menschen besuchen pro Jahr das Gelände. Die Zahl der rechtsextremen Vorfälle lag bei elf in zweieinhalb Jahren. Falls sich die Situation ändere, werde über eine Satzung erneut diskutiert

werden müssen, stellt Ulrich Blaschke (SPD) klar. Dem schließen sich Achim Mletzko (Grüne) und Alexander Liebel (FDP) an. „Wir werden nicht alles in den Griff bekommen“, gibt Max Höffkes (CSU) zu bedenken. „Auch in Zukunft werden leider solche Provokationen stattfinden.“ Darauf sagt der Leitende Polizeidirektor Hermann Guth: „Wir werden mit Sicherheit sehr wachsam sein.“

Katrin Kurr, die Leiterin des Ordnungsamts, will den Eindruck verhindern, die Stadt hätte nicht auf die Aktion der Neonazis reagiert. Weil die Versammlung nicht angemeldet worden war, sei ein Bußgeldverfahren eingeleitet worden. „Gegen alle Personen läuft außerdem ein Verfahren wegen Belästigung der Allgemeinheit.“

Gabi Eisenack



Foto: Roland Fengler

Ein Ort der Bildung sollen die Zeppelintribüne und das Reichsparteitagsgelände sein. Deshalb will die Stadt hier auch keine Einzäunung.